

Die Diskussion über Punkt 5: Die Maifeier, wird fortgesetzt.

Eiserdt-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der Maifeier besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpfen, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Auslande hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Volkensluckdackheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemahregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungsfever der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden. Es ist in den verflochtenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Aenderung der Maifeier. Meiner Ansicht nach wird die Sache am besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegen sollte, so wäre es keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Kniphols-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die Maifeier auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten Mai herausgibt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unseres Antrags.

Gewehr-Eberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unserer Maifeier nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Sozialismus und den Gedanken des Acht-tagesfestes weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Wibe-Dreslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier vor. Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeitsruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter Pfannkuch verzichtet aufs Schlußwort.

Die Münchener Resolution über die Maifeier wird erneut beschloffen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Den Vorsitz übernimmt

Singer und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin in den Partei-

vorstand gewählt sind. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meißner-Hannover.

Bevor in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des Laurahütten-Prozesses mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Instanzen und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter andern auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Beiwegung und lebhaftes Entrüstungsrauschen.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung:

Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68. Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und sind insolgebeffen erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitag, die dritte Gruppe bezweckt eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitag. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstützungsfrage für alle Anträge zur Organisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Glückbach-Köln widerspricht dem Vorschlage Singers, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergibt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage Singers anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Eberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stuhbe-Hamburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in Lübeck haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: Agitation, Presse, Zeit und Tagesordnung des nächsten Parteitages gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 86, 87, 88, 89, 40, 41, 42, 58, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.

Antrag 114, der die Alkoholfrage betrifft, wird von

Hering-Flensburg mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgerückten Zeit nicht möglich sei. Hoffentlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 86, 58, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.

Antrag 36 wird begründet von

Wilsbach-Köln: Ich hätte gewünscht, unsere literarisch tätigen Genossen hätten uns etwas mehr Zeit für unseren wichtigen Antrag überlassen, der nun vor bereits gelichtetem Parteitag verhandelt werden muß. In den vorausgegangenen Debatten ist so viel gutes für unseren Antrag bereits gesagt worden, daß er prinzipielle Gegner kaum noch haben dürfte. Nur um die Möglichkeit seiner Verwirklichung kann es sich noch handeln. Die Erfahrungen während der Wahlagitatio haben uns nur in unserem Verlangen bestärkt, das aber schon lange vor den Wahlen dem Vorstande unterbreitet worden ist; der hat es freilich abgelehnt, was ich ihm weiter nicht übel nehme. Freie ich nicht, so hat auch Eberfeld einen ähnlichen Antrag gestellt. Gewiß hat unsere Agitation überall im Reich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Klassenkampf nimmt überall sehr scharfe Formen an. Und doch ist ein kleiner Unterschied in der Art unserer Gegner und besonders in ihrer Stärke. Wir im Rheinland haben mit dem schlaunsten und stärksten unserer Gegner, mit dem Centrum zu kämpfen. Es ist so oft bei uns die Rede davon, daß der Centrumsturm ins Wadeln geraten sei. Ich habe mir den Centrumsturm sehr genau angesehen im Rheinland, und kann Ihnen sagen: abgesehen von ein paar kleinen Rissen, wird der Centrumsturm noch manchen Sturm übersehen. Der Katholikentag in Köln hat ja unmenlich aufgeschritten und übertrieben, aber es ist nicht zu übersehen, daß das rheinische Centrum über eine sehr starke Organisation verfügt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, die Elitegruppe des Centrums, hat 18 1/2 Millionen Druckschriften ausschließlich gegen die Sozialdemokratie verbreitet, durch seine Korrespondenten steht es mit 371 Zeitungen in Verbindung. Diese Arbeit darf man nicht unterschätzen. Die größte Agitation entfaltet das Centrum im Rheinland. In Bayern haben wir ein ganz andres Centrum, als das rheinische es ist. Von den angeblich 300 000 Mitgliedern des Volksvereins sind im Rheinland 187 000, in Bayern aber nur 9000 Mitglieder. Mit dieser Organisation haben wir zu kämpfen und dazu müssen wir unser Rüstzeug prüfen. Die jetzt bestehenden Institute, das Agitationskomitee, genügen nicht mehr, so groß und erfolgreich seine Tätigkeit auch gewesen ist. Wie sehr wir im Rheinlande zugenommen haben, ergibt die Statistik der letzten Wahlen. Die Erfolge sind ein Beweis, daß man bei guter Organisation viel erreichen kann. Es ist dort im Westen eine besondere Agitation notwendig; namentlich der Punkt „Religion ist Privatfache“ muß da immer im Auge behalten werden. Es freut mich, daß der Antrag, der diesen Punkt unseres Programms ausheben wollte, keine Unterstützung gefunden hat. Die jetzigen Institutionen reichen jedenfalls nicht aus, um am Rhein den Kampf gegen das Centrum zu führen. Deshalb schlagen wir eine neue Organisation vor. Die Personenfrage würde dabei gewiß schwierig sein, aber sind wir jemals an der Personenfrage gescheitert? Die Gewerkschaften haben dieselbe Institution, und sie haben die Personenfrage auch gelöst. Eine Partei, die einen Vizepräsidenten für den Reichstag in Reserve hat, wird auch für diesen Posten eine geeignete Person finden. Gelänge das nicht, so wäre das ein Armutszeugnis für die Dreimillionen-Partei. Auch die Geldfrage kann nicht zur Ablehnung des Antrages führen; wir haben ja Geld — im Gegensatz zum Reich, das kein Geld hat. Die Zeit ist auch nicht mehr fern, wo wir im Rheinland im Stande sein werden, die Kosten selbst zu tragen. Außerdem werden sich diese Ausgaben sehr bald durch die vermehrte Agitation selbst decken. Nehmen Sie den Antrag nicht ab; er wird sonst wiederkommen, und die Verhältnisse werden Sie später doch zwingen, ihn anzunehmen.

Stremser-Düsseldorf: Die jetzt vorhandenen Agitationskräfte im Westen sind unzulänglich; das hat nach den Wahlen der „Vorwärts“ selbst geschrieben. Die jetzigen Angestellten unserer Partei am Rhein sind überarbeitet, desgleichen die Gewerkschaftsführer. Wir müssen also die Kräfte verstärken, zumal wir in

der nächsten Zeit einen besonders heftigen Kampf mit dem Centrum zu führen haben werden. Ich habe während des ganzen Wahlkampfes in diesen Gegenden agitiert und gesehen, wie schwer die Agitation ist. Für den Fernsteher ist es schwer zu begreifen, weshalb wir gegen das Centrum nicht mehr Erfolg haben; die Leute dort stehen eben zu sehr unter dem Einfluß der Klerisei. Da kann nur eine planmäßige unermüdlige Agitation helfen; dazu müssen wir aber Hilfe haben.

Auer: Was der Antrag 36 will, daß nämlich noch viel mehr agitiert werden soll als bisher, darüber sind wir alle einig. Zweifelhaft ist nur, ob auf dem vorgeschlagenen Wege das Ziel zu erreichen ist. Ich erlaube mir, das zu bezweifeln, auf Grund der reichen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir ja jahrelang das System der ständigen Agitatoren. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes haben wir nach reichlicher Ueberlegung von einer Wiedereinführung dieses Systems abgesehen. Wir kamen dazu, weil wir mittlerweile ein Erfolgsmittel gefunden haben, durch das viel mehr erreicht wird: indem wir eine weitberzweigtere lokale Presse geschaffen haben. Die Redakteure dieser Blätter wirken in doppelter Beziehung agitatorisch: einmal durch die Zeitung und dann dadurch, daß sie auch noch mündlich agitieren. Dieses Mittel haben die Gewerkschaften nicht, deshalb ist es begreiflich, daß sie ständige Agitatoren anstellen. Nun sagt man, unsere Redakteure sind überlastet. Freilich sind sie es; wir sind alle überlastet; unsere Nerven sind so gereizt, daß wir jetzt 8 Tage lang Debatten hatten, die durch diese überreizten Nerven ihren scharfen Charakter bekamen. Wenn wir nicht alle in dem 35jährigen Kampfe unsere Nerven ruiniert hätten, so wäre in den letzten Tagen manches ungesagt geblieben. Das wird dadurch nicht anders, daß wir ein paar Agitatoren anstellen. Wenn die Genossen am Rhein dazu im Stande sind, so können sie ja selbständig mit der Anstellung solcher Agitatoren vorgehen. Und wenn der Westen vom Vorstande finanziell unterstützt zu werden wünscht, so geschieht das ja schon, da wir zu einer ganzen Reihe von Blättern Zuschüsse leisten. Also dieser Wunsch ist erfüllt. Aber das soll noch nicht reichen. Reichen wird es auch nicht, wenn wir ein Duzend Agitatoren hinschicken. Solche Agitatoren würden sich schnell abarbeiten, in dem Sinne, daß es bald heißen würde: Ach Gott, den So und so haben wir alle schon gehört, da muß der Abg. Webel oder Singer kommen! Das ist menschlich natürlich. Also, ich bitte Sie, den Antrag 36 abzulehnen, weil nichts dabei herauskommen würde.

Ein Schlußantrag, den Erlise-Eberfeld mit Hinweis auf die Wichtigkeit des Gegenstandes bekämpft, wird angenommen.

Antrag 36 wird abgelehnt.

Den Antrag 53 begründet

Müller-Zwidau: Es ist der Wunsch vieler Genossen, daß die im Parteiverlage erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format hergestellt werden.

Riß, Fischer: Wenn Sie nur den Wortlaut des Antrages in Betracht ziehen, so ist der darin ausgesprochene Wunsch bereits erfüllt, denn die Broschüren des „Vorwärts“-Verlages haben ein einheitliches Format. Aber alle in Parteiverlagen überhaupt erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format herzustellen, ist unmöglich, denn die Formate sind abhängig von den verschiedenen Maschinen, und die können wir nicht über Nacht ändern.

Singer: Nachdem die Erklärung abgegeben ist, daß, soweit der Wortlaut des Antrages in Betracht kommt, die Forderung bereits erfüllt ist, ist der Antrag als erledigt anzusehen.

Müller-Zwidau: Ich ziehe den Antrag zurück.

Den Antrag 54 begründet

Senker-Bielefeld: Die Preise für Broschüren sind jetzt vielfach zu hoch, namentlich die für Protokolle.

Richard Fischer: Der Preis unserer Protokolle ist nicht zu hoch, es darf doch nicht der vorn aufgedruckte Buchhändlerpreis in Betracht gezogen werden, sondern man muß bedenken, daß die Genossen, die das Protokoll durch ihre Organisationen beziehen, hohen Rabatt erhalten.

Thiele: Halle: Ich bin doch der Meinung, daß die Preise für unsere Broschüren zu hoch sind. Die Aronsche Broschüre über die Landtagswahlen, die nur 24 Seiten stark ist, kostet 20 Pf., das Landtags-Handbuch 4 M. Auch den Gegnern soll man nicht zu hohe Preise abfordern.

Richard Fischer: Für das Landtags-Handbuch ist 4 M. der Buchhändlerpreis, wir setzen etwa 50 bis 100 Exemplare zu diesem Preise ab und haben keine Veranlassung, auch dabei noch bares Geld zuzuzahlen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen erhalten das Buch entweder gratis oder beifreiwillig billig. Die Aronsche Broschüre ist nicht 24, sondern 32 Seiten stark, die erste Auflage war so bemessen, daß kaum die Herstellungskosten gedeckt wurden. Die Genossen zahlen jetzt, gleichviel ob sie 100 oder 1000 Exemplare beziehen, wenn sie sie durch ihre Organisation beziehen, nur 5 Pf. für das Stück. Es geht keine Broschüre aus dem Verlag des „Vorwärts“ heraus, ohne daß genau die Herstellungskosten und der mögliche Preis kalkuliert wird, natürlich unter Ansetzung des Aufschlages, der zur Existenz des Geschäftes nötig ist. Bei hohen Auflagen haben wir stets kleine Preise, schon im Interesse der Verbreitung der Broschüren. Im ganzen deutschen Buchhandel gelten die Preise des „Vorwärts“-Verlags als ganz exorbitant billig.

Hierauf wird der Antrag 54 abgelehnt.

Den Antrag 55 empfiehlt

Winkelman-Bremen und erklärt, daß das Wort „a l l ä h r l i c h“ in diesem Antrage zurückgezogen wird.

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 56 zieht zurück

Täterow-Berlin, da er gehört habe, daß eine ähnliche Broschüre vom Verlage des „Vorwärts“ vorbereitet werde.

Fischer-Berlin erklärt, daß eine solche Broschüre vom „Vorwärts“-Verlage nicht in Vorbereitung sei, aber der Gedanke sei ihm sehr sympathisch und er werde auf dessen Ausführung bedacht sein.

Timm-München teilt mit, daß im Verlage von Birk u. Co. in nächster Zeit eine Militär-Broschüre aus der Feder von Rudolf Krafft erscheinen werde.

Antrag 59 wird debattelos abgelehnt.

Den Antrag 112 begründet

Schulz-Bremen: Bereits in München haben wir beschlossen, daß alle Flugblätter dem „Vorwärts“ zugeschickt werden sollen. Ich habe aber vergebens auf Flugblätter gefahndet, eine Wahlkorrespondenz ist nicht erschienen, der „Vorwärts“ hat nur eine besondere Rubrik „Wahlkampf“ eingerichtet. Unser Antrag bezweckt eine Dezentralisation der auf die Zurückweisung solcher Wahllügen gerichteten Tätigkeit. Nur auf diese Weise, durch die Einrichtung eines solchen Archivs, ist es möglich, den Zweck zu erreichen. Dazu sind keine besonderen Umstände nötig; im Anfang werden eine Anzahl von blauen Mappen genügen, in denen das Material gesammelt wird. Ich glaube, Sie können den Antrag ruhig annehmen, da er den Vorstand zu keinen Ausgaben verpflichtet.

Lipinski-Leipzig: Ich glaube nicht, daß dieses Sammeln im allgemeinen besonderen Wert hätte; denn der Kampf schreitet doch immer fort. Wir haben aber in Leipzig in der Redaktion ein solches Archiv; ähnliche Archive wird man in allen Zeitungsredaktionen haben. Der Antrag ist also überflüssig.

Antrag 112 wird abgelehnt.

Den Antrag 119 empfiehlt

Burm: Auf früheren Parteitagungen wurde der Wunsch geäußert, daß der Fraktionsbericht unmittelbar nach Sessionsjähre herausgegeben werden möge; es stellte sich aber heraus, daß das nicht möglich ist, weil die Ausarbeitung des Berichts sich nicht so schnell machen läßt. Da es nun aber wünschenswert ist, unseren Agitatoren das Material über unsere Tätigkeit im Reichstage möglichst bald zugänglich zu machen und auch die Massen darüber aufzuklären, was wir im Reichstage leisten, so schlägt der Antrag vor, alljährlich in einem Flugblatt die Tätigkeit der Fraktion in gedrängter Kürze zu charakterisieren. Ich bemerke dazu, daß es sich empfiehlt, hierfür nicht die Form eines Flugblattes, sondern einer kleinen Broschüre zu wählen, die eher beachtet und aufgehoben wird als ein Flugblatt. Wenn diese Broschüre dann mit dem nötigen Eifer verbreitet wird, so wird es uns gelingen, uns auch in Kreisen Gehör zu verschaffen, in denen man sich bisher nicht um uns gekümmert hat. Und mehr verlangen wir ja nicht, weil wir wissen, daß der Sieg unserer Sache sicher ist, wenn man uns nur Gehör schenkt.

Antrag 119 wird angenommen.

Den Antrag 133 begründet

Schwartz-Danzig: Die Lokalfrage ist ja seit langem ein Schmerzenskind für unsere Agitation. Der „Vorwärts“ wies nach den Wahlen darauf hin, daß wir eigentlich in den Ostprovinzen keine befriedigenden Erfolge errungen haben. Die Verhältnisse sind da nicht besser geworden, sondern die breiten Massen der Arbeiter stehen dort noch auf demselben Niveau wie früher. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Lage schlechter geworden ist. Nur mit Mühe ist es überhaupt gelungen, den Wahlkreis Königsberg zu halten. Das muß anders werden. Die Massen sind in diesen Gegenden gewiß auch unzufrieden, aber sie sind nicht sozialistisch, weil sie nicht aufgeklärt sind, und es ist wohl möglich, daß auch Königsberg noch mal verloren geht. Sobald der sozialdemokratische Abgeordnete für Königsberg verschwunden ist, wird in Westpreußen noch ganz anders gewirtschaftet werden als jetzt. Die Hauptschwierigkeit ist bei uns nicht die Personen-, sondern die Lokalfrage. In ganz Ostpreußen giebt es nur drei bis vier Städte, in denen uns sichere Lokale zur Verfügung stehen. Darum ist es nötig, daß der Vorstand sich mit der Frage beschäftigt. Mit Flugblättern allein kann man keine Erfolge erzielen. Die Volksbildung ist in diesen Provinzen noch so unentwickelt, daß man durch Schriften wenig auf die Leute wirken kann. Ich verlange nicht, daß im ganzen Osten große Gewerkschaftshäuser eingerichtet werden. Wenn wir nur Buden hätten, wo wir 50 bis 100 Personen versammeln könnten, wie sie die Baptisten haben (Heiterkeit), würden wir schon weiterkommen. Es wird so viel Geld für die Agitation im Osten ausgegeben, daß es möglich sein muß, auch hierfür etwas Geld abzustößen. Das Geld könnte dadurch praktischer angewandt werden.

Frankfuß: Ich muß mich darüber wundern, daß der Redner dem Partei-Vorstand Vorwürfe wegen seiner nach Ostpreußen gezahlten Unterstützung macht; die Presseunterstützung haben wir nach reichlicher Ueberlegung bewilligt. Der Antrag ist in seinem ersten Teil völlig überflüssig. Wenn irgend ein Genosse im Osten uns nachweist, daß es nötig ist, sich Versammlungslokale für 100 bis 200 Personen zu sichern, so werden wir, wie bisher, so auch in der Folge im Sinne der Antragsteller entscheiden. Anders aber, wenn Anträge auf Gründung von Versammlungshäusern an uns kommen. Diese Anträge sind so zahlreich, daß, wollten wir auch nur den vierten Teil davon genehmigen, wir keinen Pfennig Geld mehr in der Kasse hätten und wir einer Aktion, die plüßlich im Interesse der Partei notwendig wäre, nicht gerüstet gegenüber ständen. Das wollen Sie und die Antragsteller gewiß auch nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Zustimmung.)

Braun-Königsberg: Wir in Königsberg haben seit zehn Jahren kein größeres Lokal mehr zur Verfügung. Es existiert wohl in ganz Deutschland kein Partei-Ort von der Bedeutung und Größe Königsbergs, der unter so elenden Lokalverhältnissen zu leiden hat. Mieten können wir ein Lokal nicht, weil keins vorhanden ist, wir mußten daher an die Erbauung eines eignen Lokals gehen. Wir sind jetzt so weit, daß wir ein Grundstück gekauft haben und an den Bau herangehen können. Wir wandten uns an den Parteivorstand und an die Generalkommission mit der Bitte um eine Unterstützung, aber der Parteivorstand lehnte das Gesuch aus prinzipiellen Gründen ab. Das war für uns um so unangenehmer, als die Generalkommission ihre Unterstützung davon abhängig gemacht hatte, daß der Parteivorstand sich gleichfalls beteilige; in der Generalkommission hat ja schließlich die bessere Ansicht gesiegt. Wir werden später nochmals an den Parteivorstand herantreten und ich hoffe, daß er dann seinen prinzipiellen Standpunkt verläßt. Auf die Dauer können wir in dem großen Agitationsbezirk des Ostens nicht wirken, wenn wir nicht in Königsberg festen Fuß fassen.

Pfanntuch: Es sieht so aus, als wenn der Vorstand die Ostprovinzen, speziell Königsberg, stiefmütterlich behandelte. Das ist nicht der Fall, wir haben die Forderungen, die aus Königsberg an uns kamen, bisher anstandslos bewilligt, ohne auch nur einen Pfennig abzuziehen. Für das dortige Parteiblatt sind in drei Jahren 25 000 M. hergegeben. (Hört! hört!) Wie steht es mit dem Versammlungslokal? Die Notwendigkeit erkennen wir an, aber darauf kommt es nicht an, denn auch in andern Orten liegt die Notwendigkeit vor. Worauf es ankommt, ist, daß bei dem Bau von Häusern genau so verfahren wird, wie bei der Gründung und Erweiterung von Parteiblättern. Wir haben in München beschlossen, daß sich die Genossen in solchen Fällen vorher an den Parteivorstand wenden sollen, damit dieser nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Der Parteivorstand hat seine Schuldigkeit Königsberg gegenüber getan, er hat nach bestem Ermessen gehandelt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Braun-Königsberg erklärt persönlich, er habe dem Vorstande nicht vorgeworfen, daß er zu wenig für Königsberg getan habe; im Gegenteil, dieser habe alle Wünsche erfüllt nur nicht bezüglich der Lokalfrage.

Hierauf wird der Antrag 133 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Presse beziehen: 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 122.

Hier von werden nur die Anträge 49, 50 und 52 genügend unterstützt.

Den Antrag 49 begründet

Pistorius-Magdeburg: Die Antragsteller wünschen, daß der Parteivorstand sich mehr um die Pflege der Jugend-Literatur kümmert. Ähnliche Anträge lehnen jedes Jahr wieder, ich bequäme mich, Sie um seine Annahme zu bitten.

Schulz-Bremen: Der Antrag bleibt ein frommer Wunsch, so lange wir nicht Genossen haben, die wirklich gute Jugendschriften für uns schreiben. Ist das der Fall, dann werden sie von der Partei auch gern verlegt werden. Bis dahin empfehle ich Ihnen das von der Jugendschriften-Kommission des Deutschen Lehrervereins herausgegebene Verzeichnis von Büchern; dieselben halten sich von politischen und religiösen Tendenzen fern. Vielleicht wäre es ratsam, einen Auszug hieraus zu veröffentlichen.

Hierauf wird der Antrag 49 abgelehnt.

Den Antrag 50 bittet

Weiling-Schöneberg anzunehmen. Das liege im Interesse der Verbreitung des Arbeiter-Motigkalenders.

Fischer-Berlin: Voriges Jahr war's der Antrag 54 in München. Da habe ich eine so schöne Rede gegen den Antrag gehalten, daß ich hoffe, sie hält noch vor und Sie lehnen auch diesmal den Antrag ab. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag 50 wird abgelehnt.

Den Antrag 52 begründet

Müller-Breslau: Es sei häufig vorgekommen, daß die Arbeitgeber bei Aussperrungen in auswärtigen Parteiblättern Arbeitskräfte in Inzeraten verlangt hätten. Dem müsse vorgebeugt werden.

Haberland-Varmen hält es für überflüssig, die Frage aufzuwerfen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Parteipresse die Unternehmer bei solchen Aussperrungen nicht unterstützen dürfe.

Emil Fischer-Hamburg: Die Parteipresse muß sich bemühen, die Arbeitsmarkt-Inzerate an sich zu ziehen, damit die Arbeiter, die Stellen suchen, nicht gezwungen sind, bürgerliche Blätter zu diesem Zwecke zu wählen. Wir in Hamburg haben bereits eine solche Spezialität gewonnen. Das „Hamburger Echo“ ist das Inzerationsorgan für die Tabak- und Zigarrenbranche. Täglich sind Hunderte von Stellen ausgeschrieben, und es ist ausgeschlossen, daß in jedem einzelnen Falle von der Expedition vor der Aufnahme eines solchen Inzerats Nachforschungen angestellt werden. Die Gewerkschaften müssen die Redaktionen informieren, wenn Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbrechen.

Stube-Hamburg: Gerade das „Hamburger Echo“ hätte alle Veranlassung, Einrichtungen zu treffen, die es verhüten, daß Arbeitergesuche von Firmen aufgenommen werden, über die die Sperre verhängt ist. Unser Holzarbeiterverband hat das bereits einmal empfunden. Wir haben die Sperre über eine Firma verhängt, das wird im redaktionellen Teile des „Echo“ auch mitgeteilt und hinten im Inzeratenteil erscheint eine zweispaltige Annonce derselben Firma, worin sie Arbeitskräfte sucht. So kam es, daß unser Kampf nutzlos verlief. Es sind noch mehrere solcher Fälle vorhanden. Jedenfalls lag gar kein Anlaß für die Redaktion des „Hamburger Echo“ vor, gegen den Antrag Stellung zu nehmen. Wenn man etwas vorsichtiger in der Expedition des „Echo“ vorgehe, ließen sich solche Vorfälle vermeiden.

Persönlich bemerkt

Fischer-Hamburg: Niemand ist fehlerlos. Der Expedition des „Hamburger Echo“ ist eben mal ein Versehen passiert. Bei unsrem vollständigen Arbeitsmarkt in der Tabak- und Zigarrenbranche ist ein solches Verfahren, wie es der Antrag vorschlägt, gar nicht möglich.

Der Antrag 52 wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der Anträge, die die Presse betreffen, erledigt.

Von den Anträgen, die den nächsten Parteitag betreffen, ist der Antrag 92 zurückgezogen.

Antrag 133 — Erörterung des Generalfreil — wird vom Vorsitzenden zur Unterstützung gestellt und nicht genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Dr. Friedeberg, daß der Antrag bereits, als er eingereicht wurde, die nötigen Unterschriften gehabt habe; er sei u. a. von Kautsk, Stadthagen, Frau Zetkin, Frau Luxemburg unterschrieben worden.

Vorsitzender Singer: Mein Versehen erklärt sich aus dem Umstande, daß trotz meiner Anweisung, auf den Anträgen, die bereits unterstützt sind, die Zahl der Unterschriften zu markieren, der gedruckte Antrag Friedeberg nur den Namen des Antragstellers enthält. Da wir aber selbstverständlich keinen Anlaß haben, die Versicherung des Genossen Friedeberg zu bezweifeln, so stelle ich dem Antrag nunmehr zur Debatte.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort

Friedberg-Berlin: Auf die Frage des Generalstreiks will ich hier materiell nicht eingehen. Der Antrag will lediglich eine spätere Erörterung dieser Frage, die ja auch auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Amsterdam steht, herbeiführen; der Parteitag würde sich also durch die Annahme des Antrags in keiner Weise binden. Eine solche Diskussion ist meines Erachtens notwendig. Es ist in der Taktik-Debatte schon darauf hingewiesen worden, wie wenig wir im Grunde genommen in dem 40-jährigen angestrengten Kampfe, der hinter uns liegt, erreicht haben und wie häufig wir selbst Wahlkreise, die wir schon erobert hatten, wieder verloren haben, weil die Stimmung des Proletariats, seine Auffassung des Klassenkampfes sich geändert hat. Das lehrt uns, daß wir die Ideale des Klassenkampfes noch viel mehr in den Vordergrund stellen müssen, und das geschieht am besten durch proletarische Massenaktionen. Ich will unsere bisherige Taktik nicht bekämpfen, sondern nur ergänzen. Bedenken Sie, daß unsere ganze bisherige Tätigkeit nicht ausgereicht hat, die sächsische Wahlrechtung zu verhindern, und mit dem Reichstagswahlrecht kann es genau so werden. Wenn damals der sächsische Bourgeoisie mit einiger Aussicht auf Erfolg mit einem politischen Massenstreik hätte gedroht werden können, so wäre sie nicht so bereit gewesen, dem Proletariat das Wahlrecht zu rauben. Nehmen Sie den Antrag an und dokumentieren Sie dadurch, daß die wichtige Frage schärfer theoretisch erörtert werden muß.

Legien-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Man könnte sagen, daß eine rein theoretische Erörterung der Frage des Generalstreiks unbedenklich sei. Ich glaube aber, daß eine solche Diskussion auf dem Parteitag für unsere Bewegung prinzipielle Bedeutung hätte. (Sehr richtig!) Wir haben uns bisher auf den internationalen Kongressen, auf denen die Frage erörtert wurde, ablehnend verhalten und ich habe noch auf dem Pariser Kongress erklärt, daß für uns in Deutschland die Frage überhaupt nicht existiere. Ich habe weiter erklärt, daß es zunächst notwendig ist, zu organisieren, und daß die Frage des Generalstreiks dann erörtert werden möge, wenn wir eine genügende Organisation für den Generalstreik haben. (Sehr richtig!) Der eigentliche Vater des Generalstreiks, der Rechtsanwalt Briand, sagte auf diesem Kongress: Auch wir denken nicht daran, den Generalstreik durchzuführen; für uns ist er nur Mittel zum Zweck und zwar in der Weise, daß wir eine bestimmte Idee in die Massen werfen, um sie zu organisieren. (Friedberg ruft: Sehr richtig!) Nein, zur Organisation haben wir andre Mittel, und ich bin der Meinung, daß eine Idee, an deren Durchführung wir nicht mit voller Ueberzeugung glauben, gefährlich werden kann für unsere Organisationen. (Sehr richtig!), daß man dann sagen wird: Warten wir doch auf den Generalstreik; was sollen wir jetzt unsere Beiträge zahlen, um kleine Vorteile zu erlangen, wenn wir durch den Generalstreik die ganze kapitalistische Gesellschaft mit einem Schlag stürzen können. Ich glaube, wir bleiben bei unserer bisherigen Auffassung, daß die Frage des Generalstreiks für uns nicht in Betracht kommt. Mir würde eine Diskussion über den Generalstreik genau so vorkommen, wie wenn wir die Revolution erörtern wollten, zu der, wie ich persönlich fest überzeugt bin, die herrschenden Klassen, wenn sie glauben, daß Gefahr im Verzuge ist, schreiten werden, um uns niederzuwerfen. Das sächsische Beispiel beweist nichts für den Generalstreik. Wenn in Sachsen die Vorbedingungen für den Generalstreik gegeben gewesen wären, dann hätte die Idee des Generalstreiks nicht erst propagiert zu werden brauchen, weil diese Vorbedingungen fehlten und wahrscheinlich auch fehlen würden, wenn Sand an das Reichstagswahlrecht gelegt würde, darum halte ich es für verfehlt, eine solche Idee zu propagieren. Ich glaube nicht, daß die herrschenden Klassen das Wahlrecht besetzten wollen, nicht, weil die Gegner unsere Macht fürchteten, sondern weil dadurch der Bestand des Deutschen Reiches erschüttert

werden würde. Die süddeutschen Staaten . . . (Singer bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich glaube also, das Reichstagswahlrecht wird nicht angetastet werden. Der Genosse Friedberg täte meines Erachtens besser, anstatt die Idee des politischen Streiks zu propagieren, zunächst uns zu helfen, die Voraussetzung dafür, nämlich möglichst entwickelte Organisationen zu schaffen. (Beifall.)

Lebehour: Ich stimme dem Genossen Legien darin bei, daß eine Erörterung der Frage un nötig, ja sogar gefährlich wäre. Zunächst ist es unsere Aufgabe, unsere Organisationen zu entwickeln; vorher kann an den Generalstreik überhaupt nicht gedacht werden. Der unglücklichste Gedanke des Genossen Friedberg war es, hierbei die Frage des Reichstagswahlrechts zur Sprache zu bringen. Und ebenso verkehrt war es meines Erachtens von Legien, im Anschluß daran zu erörtern, was wir im Fall einer Annäherung des Wahlrechts nicht tun könnten. In der Verlehrtheit seiner Begründung, stimmte Legien mit Friedberg überein. Ein Schlussantrag, von Kagenstein bekämpft, wird angenommen. Antrag 138 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit sind alle Anträge erledigt und ist die Tagesordnung erschöpft.

Pfanntsch erklärt zur Ergänzung seiner Mitteilungen über das Königsberger Gewerkschaftshaus, daß, als Braun zum zweitenmal nach Berlin kam, um die Sache zu betreiben, die Königsberger bereits ein Kapital von 20 000 Mark hatten, das zur Anzahlung für den Ankauf des Grundstücks Verwendung fand.

Singer teilt mit, daß die Genossin Lily Braun in einem Briefe an ihn erklärt habe, sie protestiere gegen die Ausführungen, die Bebel über sie gemacht habe, und werde die Sache einem Schiedsgericht unterbreiten.

Ferner ist folgende Erklärung von Lebehour eingegangen:

„Die Genossin Luxemburg hat die Mitglieder der Posener Revisionskommission, deren Brief ich verlesen habe, in der Debatte als Stänker bezeichnet, wie sie neuerdings in einer Erklärung deren Vertwahrung dagegen Quertreibereien nannte.

Demgegenüber stelle ich fest:

1. daß die fragliche Kommission, deren Mitglieder mir persönlich unbekannt sind, zur Prüfung der Parteigeschäftsbücher in Polen, darunter auch der Bücher der „Gazeta Ludowa“, von den berufenen Instanzen eingesetzt war;

2. daß der Posener Arbeitersekretär, der Genosse Gogowski, der Kollege der Genossin Luxemburg, in der Vertretung der Parteigenossen Polens, durch Aushändigung seiner Bücher an die Kommission deren Berechtigung zur Vornahme der Revision anerkannt hat;

3. daß der von mir vollständig verlesene Brief der Kommission an mich weiter nichts enthält, als die Mitteilung, daß die Revision nur einen Bestand von 37 zahlenden Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ festgestellt hat;

4. daß ich mit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Tatsache eine Parteipflicht erfüllt habe, da aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, daß die „Gazeta Ludowa“ im vergangenen Jahre mit 2650 R. unterstellt wurde.

Weiteres behalte ich mir vor.

Dresden, 20. September 1903.

G. Lebehour.

Vor Schluß des Parteitags waren gezwungen abzuweisen:
Bergmann, Gogowski, Herbert, Rörten, Lehmann-
Obernau, Leber, Meizer, Nisch, Schletter.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Schmalfeld = Bremen: Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, wenn ich dem Bureau den Dank des Parteitagcs ausspreche für die umsichtige und taktvolle Leitung der Verhandlungen auch in den schwierigsten Augenblicken. (Beifall.) Außerdem möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie sich entschlossen haben, im nächsten Jahre nach Bremen zu kommen. Bremen ist der Partei zurückerobernd worden. Ich möchte an diesen Dank den Wunsch knüpfen, daß wir uns im nächsten Jahre weniger mit taktischen als mit praktischen Fragen beschäftigen werden. Die Bremer Genossen werden sich jedenfalls alle Mühe geben, Ihnen den Aufenthalt in Bremen so angenehm wie möglich zu machen. (Beifall.)

Singer: Ich habe zunächst dem Genossen Schmalfeld zu danken für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er für die Führung der Geschäfte an das Bureau gerichtet hat. Ich möchte ferner namens des Parteitages den Dresdener Genossen danken, die uns in unseren Verhandlungen unterstützt und in den Vorbereitungen und den Arrangements ihr Bestes geleistet haben. — Die Dresdener Genossen haben dafür gesorgt, daß in diesen harten Tagen der Arbeit, soweit das möglich war, auch der Humor, wie sie ihn in der prächtigen Schrift, die zum Kommers verteilt wurde, entwickelt haben, zu seinem Rechte kam. Ich weiß, daß wir alle mit dem Gefühl des Dankes für die Dresdener Genossen von hier scheiden. (Zustimmung.) Weiter spreche ich den Genossen, die in den Kommissionen gearbeitet und sich deshalb einer Anzahl wichtiger Verhandlungen entziehen mußten, den Dank des Parteitages aus.

Genossen! Ich habe jetzt zum vierzehntenmal seit Aufhebung des Sozialistengesetzes den Vorzug und die Ehre, von dieser Stelle aus ein Resümee der Arbeiten unsres Parteitages zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit diskutiert, wir haben sie in der uns eignen Art und Weise diskutiert, und da ich zu denen gehöre, die nichts leugnen, nichts vertuschen wollen, so würde ich es nicht für richtig halten, wenn wir nicht auch am Schluß dieses Parteitages uns selbst das Zeugnis ausstellen, daß wir unsre Verhandlungen mit Offenheit, teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. Indes, Genossen, in dieser Art, wie wir diskutieren, in der, wie wir uns gegenseitig nichts verschweigen, in der Art, wie wir deutlich und offen zu einander reden, liegt unsre Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es möglich sein, die Leidenschaften so aufeinanderplagen zu lassen, wie in der unsrigen; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch leidenschaftliche Äußerungen fallen, diese doch immer hervorgehen aus der flammenden Begeisterung, die in jedem vorhanden ist, der für die Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebhafter Beifall.) Wenn daher — ich möchte das im Voraus sagen — etwa unsre Gegner die Hoffnung schöpfen wollten, daß nun die Partei in ihrem Vorkämpfsmarschieren irgend wie gehemmt und geschädigt sein sollte, so werden sie erleben, daß sie im Irrtum sind. Es ist ja ein förmliches Sehnen in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag heranzukommen zu sehen, an dem durch die rücksichtslose Austragung von Meinungsverschiedenheiten die herzlichsten Wünsche der Gegner erfüllt werden. Man lasse es sich gesagt sein, all überall — was auch die Sozialdemokratie unter sich und mit sich auskämpft — in Bezug auf den Kampf mit den Gegnern ist die Partei geschlossen, wie sie es von jeher war. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigkeit verhandelt. Schon in der Diskussion ist ausgeführt worden, daß es sich nicht um persönliche Reibereien, nicht um persönliches Gezänk handelte, wenn es auch manchmal äußerlich so schien. (Sehr richtig!) Will man die Verhandlungen richtig beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die persönlichen Erörterungen zu betrachten, sondern man muß man dazu übergehen, die Sache selbst zu untersuchen, und dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß

das, was als persönlich angesehen wird, notwendig war, daß es gegeben war durch den Umstand, daß wir über Fragen verhandelt haben, die für die Partei von grundsätzlicher Bedeutung sind. (Zustimmung.) Unsre Verhandlungen haben gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage aufgeworfen: Was nun? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der Parteitag und die durch den Parteitag vertretene Partei will in ihrer immensen Majorität, daß Programm, Taktik, Streben und Agitation der Partei nicht geändert werden sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen in der Partei stehen nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, dessen Ziel die Befreiung des Proletariats aus dem Druck, aus dem Glend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben unsre Beschlüsse gezeigt, das haben unsre Beschlüsse offen vor aller Welt dargetan, und ich sage, daß diese Beschlüsse, wenn man sie losläßt von den äußeren Erscheinungen, die sich daran geknüpft haben, als dem Interesse der Partei entsprechend, als den Willen der Partei bekundend, als die Richtschnur der Partei auf dem weiteren Vormarsch von allen Parteigenossen anzusehen und zu beachten sind. Und deshalb sage ich weiter: wir dürfen zufrieden sein mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!)

Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unsrer Partei keine Staatsmännerei haben wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führt, wird, unter Niederwerfung aller Gegner unsrer großes Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen! Wir stehen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische Arbeit der Agitation im Volke, sei es die praktische Arbeit in den Vertretungskörpern in Reich, Staat und Gemeinde. Diese praktische Arbeit wird die Aufmerksamkeit aller, die an diese Vollen gestellt sind, in Anspruch nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die hier gefaßten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den Vertretungskörpern aller Art werden sich diese Beschlüsse zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß ihre Arbeit getragen wird von den prinzipiellen Forderungen der Partei, sie werden den Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation zu erinnern. Ich vermeide es selbstverständlich, in diesem Moment auf einzelne Fragen einzugehen. Aber was auch die Zeiten bringen werden, die Sozialdemokratie wird, stolz und ruhig wie bisher, gestützt auf ihre Grundsätze, den Weg weiter wandeln, den sie für den richtigen hält, sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um den Vorkurs der Reaktionskräfte abzuwehren, durch ein Massenaufgebot des Volkes. Immer und immer wieder muß den herrschenden Klassen klar gemacht werden, wie die Massen des Volkes, wie die Arbeiterklassen über ihre politische und wirtschaftliche Entrechtung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht mehr entrechteten lassen. (Lebhafter Beifall.) Und nun, Genossen, die Aufgaben, denen wir entgegengehen, sie werden ja in einer sich anschließenden Konferenz vorbereitet werden. In dem größten und in einem andren großen Bundesstaat werden in ganz kurzer Zeit Landtagswahlen stattfinden. Die sächsischen und die preussischen Genossen werden unter voller Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldbigkeit tun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistischer Art, und sie werden uns neue Waffen in dem Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht schmeiden. Namentlich wird dadurch die Beseitigung des unerhörten Zustandes erleichtert werden, daß es in Deutschland noch Parlamente giebt, von denen die Arbeiter insolge des elenden Dreiklassen-Wahlstems ferngehalten sind. Auch hier muß die Stimme der Massen machtvoll ertönen. (Beifall.)

Und nun Parteigenossen! Die Banner hoch! Nach wie vor: Vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Unbeirrt durch die Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen und was niedergelegt ist in unfrem Programm, gehen wir entschlossen an die Arbeit.

So wie immer, wird das Wohl der Partei unser Leitstern sein. Das bekräftigen wir, indem wir, wie am Anfang, so auch am Schluß unserer Verhandlungen unseren alten Schlußruf ertönen lassen: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Begeistert stimmen die Delegierten dreimal in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Arbeiter-Marschlied.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 3 Uhr.

Im „Vorwärts“ Nr. 229 vom 1. Oktober veröffentlicht Genosse Webel nachstehende Erklärung, die auf sein Ersuchen auch im Protokoll zum Abbruch gelangt. Wollmar sagte mit Bezug auf meine Ausführungen unter anderem:

Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verborgen! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unseren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Webel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unberührt mit Webel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können.

Was Wollmar hier ausführt, ist eine Mär. Die Sachlage ist eine wesentlich andre. Im Jahre 1894 fand im Oktober der Parteitag zu Frankfurt a. M. statt, auf welchem unter anderem die Zustimmung der Genossen im bairischen Landtage zum bairischen Landesbudget einer lebhaften Erörterung unterzogen wurde. Diese Verhandlung wie noch einige andre Vorkommnisse auf dem Frankfurter Parteitage veranlaßten mich einige Zeit nachher in einer Berliner Parteiversammlung scharfe Kritik an den Verhandlungen des Parteitages zu üben. Darauf antwortete mir Grillenberger in einem Artikel in der „Frankfurter Tagespost“, in dem er unter anderem die Anklage erhob: „Wahnen sei von der Parteileitung finanziell zurückgesetzt worden, es herrsche bei ihr gegen Wahern eine starke Antipathie.“

Ich erwiderte im „Vorwärts“ vom 20. November 1894, diese Auffassung sei falsch, führte zum Beweis hierfür eine Reihe von Tatsachen und Zahlen an und schloß meine Ausführungen mit den Worten: daß die Partei seiner Zeit auch für das Nürnberger Geschäft mit ganzer Kraft eintrat — daß sie in jenen Jahren vor 1894 auch für das Münchener Unternehmen eingetreten war, hatte ich ebenfalls angegeben — als dasselbe (unter dem Sozialistengesetz) schwere Zeiten zu überwinden hatte, weiß Grillenberger ganz genau.

Diese Bemerkungen und nicht, wie Wollmar in seiner Rede behauptete, der Vorwurf, daß Grillenberger infolge seiner gehobenen Lebensstellung seine Anschauungen geändert habe, waren es, die Grillenberger gegen mich einnahmen. Hinzu kam, daß, wie ich viel später erfuhr, ein Artikel im „Vorwärts“ vom 26. November 1894, den die Redaktion mit der Einleitung abdruckte: „Aus dem Kreise der Berliner Parteigenossen geht uns die folgende Zuschrift zu“ und unterzeichnet: „Ein Berliner Parteigenosse“, in dem in durchaus sachlicher Weise zahlenmäßig die Hilfe aufgeführt wird, die Wahern in einer Reihe von Jahren aus der Parteikasse erhielt, von Grillenberger mir zugeschrieben wurde, obgleich ich der Verfasserenschaft desselben fern stand, ein Glaube, der Grillenbergers Voreingenommenheit gegen mich noch steigerte.

Ich habe aber auch zu konstatieren, daß sowohl Frau Grillenberger wie Freunde von Grillenberger und mir sich alle Mühe gaben, eine Verständigung zwischen uns herbeizuführen, die aber an Grillenbergers Parinädigkeit, die von gewisser Seite geflüstert genährt wurde, scheiterten. Nach meiner Ueberzeugung litt Grillenberger schon damals an den ersten Symptomen der Erkrankung, die leider im Herbst 1898 die plötzliche Katastrophe über ihn herbeiführte, der er binnen wenig Stunden zum Opfer fiel. Anders wäre sein Verhalten gegen mich unerklärlich gewesen.

Schöneberg-Berlin, den 30. September 1908.

A. Webel.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Albrecht, Ad. Antrich, Otto Auer, J.	Galle Berlin Berlin	Anhalt II Rothbus-Spremberg, Rothenburg-Gobers- Vorstandsmittglied [werda]
Wader, Otilie Bartel, Adolf Bartels, Albert Baudert, August Bebel, August Beder, Clemens Beer, August Beer, S. Bender, Ferd. Bécard, R. Bergmann, Friedr. Bernstein, Eduard Berthold, Heinrich Beyer, Richard Biebermann, Louis Birl, Georg Blod, Hans Blöz, Wilh. Bod, Wilh. Bögle, Bernhard Böhm, Wilh. Boemelburg, Th. Borgmann, Herm. Bosfert Braun, Adolf Braun, Heinrich, Dr. Braun, Lih Braun, Otto Brey, August Brühne, Friedr. Buchwald, Edmund Burd, Wilh. Buschold, Heinrich	Berlin Danzig Bernigerode Apolda Berlin Lemgo Lauenburg Gannstatt Magdeburg Hamburg Altwasser Berlin-Schöneberg Darmstadt Leipzig Deltisch München Dresden-M. Bruchsal Gotha Straßburg Schleuditz Hamburg Berlin Gannstatt Nürnberg Berlin Berlin Königsberg i. Pr. Gannover Frankfurt a. M. Altenburg Nanten i. S. Friedberg	Frauen Berlins Danzig Salzstadt, Döfersleben, Bernigerode N. d. R., 1. meimarißer Kreis N. d. R., Vorstandsmittglied Rippe-Dehmold Mona-Stormann und Lauenburg Gannstatt Magdeburg und Stendal-Osterburg Hamburger Parteigeschäft Waldenburg N. d. R. Darmstadt-Gr.-Geran, Worms-Heppenh. 12. sächsischer Wahlkreis Deltisch-Bitterfeld N. d. R. Dresden-Altstadt, 5. sächsischer Wahlkreis N. d. R. Kontrollleur 6. elßassischer Wahlkreis Merseburg-Duerfurt N. d. R. Königsberg (Neumark) Gannstatt, Ludwigsburg, Marburg, Wal- [ungen]
Conrad, Erdmann Crispien, Arthur Czohn, Dr. med. Czech, Oskar	Mügelin Königsberg Gallertstadt Chemnitz	8. sächsischer Wahlkreis Elbing-Marienburg Döfersleben-Gallertstadt-Bernigerode 16. sächsischer Wahlkreis
Datid, Gertrud Dieter Dorn, Konrad Dräger, Paul Dreesbach, August Dübber, Erdmann	Mainz Löhau Nürnberg Wilhelmsburg Mannheim Hamburg	Mainz 2. sächsischer Wahlkreis Rürnberg-Altorf 17. hannoverscher Wahlkreis 11. bairischer Wahlkreis 1. Hamburger Wahlkreis
Eberhardt, Wilhelm Ebert, Friedrich Efftzinge, Johannes Eberhart, Franz Josef Eichhorn, Emil	Charlottenburg Bremen Wandsbeck Ludwigshafen Mannheim	Vorstandsmittglied 18. hannoverscher Wahlkreis Mona-Stormann und Lauenburg Kontrollleur N. d. R.